



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Pressemitteilung der BI vom 07.07.2009

Pressemitteilung der Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell

Am 5. Juni 2009 wurde in Fellbach ein sog. „PUSSY-Club“ eröffnet, der mit einer Sex-Flatrate wirbt. Die dazu entwickelte Werbung beschreibt einen Teil des Clubangebotes:

„Sex mit allen Frauen, so lange du willst, so oft du willst und wie du willst! Sex mit allen Extras! Analsex, Oralsex Natur, 3-er, Gruppensex, Gangbang.... Alles ist möglich!“ „Sex-Flatrate + 100 Pussys.... Alles inklusive.“

Werbung für Flatrate-Sex ist nicht nur in Fellbach, sondern seit Kurzem auch in unserem Umfeld (Raum Marburg – Gießen) zu beobachten.

Die Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell protestiert gegen diese erneute Steigerung der Menschenverachtung in der Werbung für heutige Prostitution.

Schon im Jahr 2004 stellte das schwedische Ministerium für Wirtschaft zu den Folgen der Prostitution fest:

“In Film, Werbung, Mode und Musik wie auch in der Literatur und in den Medien werden Frauen und Mädchen sexualisiert und zu Objekten gemacht. Gleichzeitig vermittelt man ein falsches Bild von der Prostitution, indem die extreme Gewalt, die die Käufer, Zuhälter und Menschenhändler regelmäßig gegen Frauen und Mädchen anwenden, trivialisiert wird. Frauen, die zur Prostitution gezwungen sind, sind Bedrohungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Übergriffen und Folter ausgesetzt, aber auch unerwünschten Schwangerschaften, Unfruchtbarkeit, Schäden an Skelett, Unterleib und Anus, Demütigungen und Erniedrigungen. (...) Dass die Übergriffe gegen Bezahlung erfolgen, mildert in keiner Weise die extremen physischen und psychischen Schäden, die Körper und Seele davontragen.“

Mit der Einführung des Flatrate-Sex kann die „Ware Frau“ von Freiern noch bedenkenloser, noch schamloser und noch grenzenloser konsumiert werden.

Alle diejenigen, die lässig und unbedacht wegschauen, sind mit verantwortlich für diese Verstöße gegen die Menschlichkeit. Offensichtlich haben auch manche Medien keine Schwierigkeiten, die nun völlig entgrenzte physische und psychische Ausbeutung von Frauen durch das Schalten der dementsprechenden Werbung mit zu befördern.

Mit vielen anderen fordern wir als politische Maßnahme die dringend notwendige Novellierung des unzureichend formulierten Prostitutionsgesetzes aus dem Jahr 2002, das den in der heutigen Prostitution zu beobachtenden vielfältigen Verstößen gegen § 1 unseres Grundgesetzes in keiner Weise begegnen kann.

Inge Hauschildt-Schön
(Sprecherin der Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell)

(www.bi-gegen-bordell.de)

Marburg, 7. Juli 2009